Absender
SPD-Fraktion und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Drucksachen-Nr.

0621/2026

öffentlich

Antrag

der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Bergisch Gladbach zur Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach am 13.10.2026

Tagesordnungspunkt

Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Thema "Wohnraumschutzsatzung"

Inhalt:

Der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 15.09.2026 ist der Vorlage als Anhang beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird ohne Aussprache zur Entscheidung in den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann (ASWDG) verwiesen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist der Vorlage als Anhang beigefügt.

Gemäß § 1 Absatz 1 der Zuständigkeitsordnung ist der Rat der Stadt Bergisch Gladbach für alle Angelegenheiten zuständig, wenn sie nicht durch diese Zuständigkeitsordnung oder andere Rechtvorschriften einem Ausschuss übertragen sind.

Berührt ein Antrag einer Fraktion die Zuständigkeit eines Fachausschusses, ist er ohne Aussprache an den betreffenden Ausschuss zu überweisen, § 12 Absatz 1 Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach (GeschO).

Gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 2 der Zuständigkeitsordnung über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister entscheidet der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann (ASWDG) über Angelegenheiten des Wohnungswesens.

Demnach ist der Antrag ohne Aussprache zur Entscheidung an den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann (ASWDG) zu überweisen.